

Antrag 18/II/2022

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

**Überweisen an: Organisationspolitische Kommission
(Konsens)**

Kein Platz für Diskriminierung - Für starken Awareness überall!

- 1 Wie überall in dieser Gesellschaft haben wir ein Problem
- 2 mit struktureller Diskriminierung und übergriffigen Ver-
- 3 halten in unserer Partei. Wir sind eine Partei mit vielen
- 4 engagierten Genoss*innen, von denen sich die meisten
- 5 im Sinne unserer Grundwerte und respektvoll verhalten.
- 6 Doch in dieser großen Partei gibt es auch jene, die kei-
- 7 nen Platz hier haben sollten, da sie sexistisch gegenüber
- 8 Genoss*innen handeln, rassistische Kommentare von sich
- 9 geben oder diskriminieren. Diesem Verhalten müssen wir
- 10 klar entgegentreten. In dieser Partei darf kein Platz für se-
- 11 xistisches, rassistisches, antisemitisches und diskriminie-
- 12 rendes Verhalten sein.
- 13
- 14 Doch durch Haltung allein ist unsere Arbeit leider nicht ge-
- 15 macht. Wir müssen in unseren Strukturen etwas ändern,
- 16 damit Betroffene ein Gehör finden und wir konsequenter
- 17 gegenüber Fehlverhalten vorgehen können.
- 18
- 19 Zurzeit bleibt betroffenen Genoss*innen meist nur
- 20 die Möglichkeit in dieser Partei, die Anti-Sexismus-
- 21 Kommission zu kontaktieren. Doch diese Kommission hat
- 22 leider kaum formelle Handlungsmöglichkeiten. Sie kann
- 23 weder ein Parteiausschlussverfahren anstreben, noch
- 24 kann sie schwerwiegende Maßnahmen gegenüber den
- 25 Täter*innen verhängen.
- 26
- 27 Auch ist Anti-Sexismus nicht gleich Anti-Rassismus oder
- 28 sensibel für andere Diskriminierungsformen. Demnach
- 29 wissen viele Betroffene nicht, wo sie Vorfälle melden sol-
- 30 len. Viele Betroffene fühlen sich hilflos und sehen den ein-
- 31 zigen Ausweg im Beenden ihres politischen Engagements
- 32 oder gar dem Parteiaustritt.
- 33
- 34 Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Denn wir müs-
- 35 sen jetzt agieren, um weiteren Schaden an Betroffenen
- 36 und/oder unserer Partei abzuwenden.
- 37
- 38 Deshalb fordern wir, die Einrichtung von Awarenessteams
- 39 ab Kreisebene, welches jeweils nicht aus Mitgliedern
- 40 des Vorstandes besteht. Dieses Team muss aus mindes-
- 41 tens zwei Personen bestehen und ist quotiert zu beset-
- 42 zen. Für das Awarenessteam sollen jährlich mindestens
- 43 ein Termin zur Weiterbildung und dem richtigen Umgang
- 44 mit Betroffenen durch die Partei angeboten werden. Ent-
- 45 sprechende Mittel sind dafür bereit zu stellen.
- 46
- 47 Zudem fordern wir, dass die Anti-Sexismus Kommission in

48 eine Anti-Diskriminierungskommission umbenannt wird.
49 Eine solche Kommission soll in jedem Kreis und Landesver-
50 band innerhalb der SPD eingesetzt werden. Die Kommissi-
51 on sollte mindestens aus fünf Personen bestehen und soll-
52 te quotiert sein und BIPOC* (Black, Indigenous and Peop-
53 le of Color)-Perspektiven berücksichtigen. Entsprechende
54 Statuten gilt es demnach anzupassen.

55
56 Einen Kontakt zur Kommission muss es auf der Website
57 der jeweiligen Gliederung verpflichtend geben. Zudem
58 muss die Kommission bei jedem Parteitag bzw. bei je-
59 der Delegiertenversammlung des Kreises auf der Bühne
60 vorgestellt werden, sodass die Ansprechbarkeit verbessert
61 wird.

62
63 Wir fordern, dass die Kommission statutarisch mit Rech-
64 ten und Pflichten ausgestattet wird. Grundsätzlich müs-
65 sen alle Personen, die sich an die Kommissionsmitglie-
66 der wenden, von diesen respektiert und ernst genom-
67 men werden. Alles, was an die Kommissionsmitglieder
68 herangetragen wird, obliegt der Schweigepflicht. Zum an-
69 dern darf die Kommission Maßnahmen wie Antisexis-
70 muscoaching oder Antidiskriminierungscoaching für den
71 gesamten Ortsverein/Abteilung verhängen. Bei stärkeren
72 Vergehen soll sie Täter*innen für Parteiämter sper-
73 ren können. Ein entsprechender Katalog ist zu erarbeiten
74 und durch die Delegiertenversammlungen bzw. Parteita-
75 gen des Kreises, des Landes und des Bundes abzustim-
76 men. Zudem soll die Kommission Parteiausschlussverfah-
77 ren anregen können. Für Betroffene soll die Kommission,
78 wenn diese benötigt und gewünscht wird, juristische Hil-
79 fe vermitteln. Für die Mitglieder der Kommission soll jähr-
80 lich mindestens ein verpflichtender Termin zur Weiterbil-
81 dung und dem richtigen Umgang mit Betroffenen durch
82 die Partei angeboten werden. Auf Bundesebene soll eine
83 hauptamtliche Ombudsperson für Diskriminierungsfälle
84 als Ansprechperson eingesetzt werden.